

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4441

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4441



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Der aktuelle Freitags-Kommentar
vom 1. September 2023

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

Zur heissen Wahlkampf-Phase

Masseneinwanderung: Der 22. Oktober wird zur «Wende-Wahl»

von Anian Liebrand, Redaktion «Schweizerzeit»

Zuwanderungsfragen bewegen das Schweizervolk wieder stärker. Wird sich das Sehnen so vieler nach einer Kurskorrektur am 22. Oktober auch an der Urne bemerkbar machen? Führen wir uns das radikale Ausmass vor Augen, in dem sich die Schweiz in den letzten Jahren aufgrund der Masseneinwanderung verändert hat, wäre eine spürbare Stärkung der Rechten wohl eine der letzten Chancen, um das Ruder nochmals herumzureissen.

Für alle, deren Motivation für die anstehenden eidgenössischen Wahlen noch nicht bei hundert Prozent liegt, leiste ich gerne etwas Nachhilfe. Obwohl Volk und Stände bekanntlich im Februar 2014 mit dem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative «jährliche Höchstzahlen und Kontingente» für die Zuwanderung beschlossen haben, verweigert Mitte-Links seither die Anwendung dieses Verfassungsartikels. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sind 1,5 Millionen Personen netto in die Schweiz eingewandert. Allein im vergangenen Jahr 2022 sind 180'000 Menschen mehr ein- statt ausgewandert. Das entspricht in etwa der Einwohnerzahl der Stadt Basel.

Derweil kämpfen die Schweizer mit Wohnungsnot, Strommangel, Verkehrsstau, überfüllten Zügen und Bussen, einem stagnierenden Pro-Kopf-Einkommen, immer höheren Krankenkassenprämien, verschuldeten Sozialwerken und auch immer mehr Druck auf unsere schöne Landschaft und Natur.

Wir sind die letzte Generation

Wem bei den Zuwanderungszahlen der letzten Jahre nicht schwindlig wird und wer dabei keinen dringenden Handlungsbedarf sieht – mit dem lässt sich «kein Staat mehr machen». Eine Klimafanatiker-Gruppe nennt sich «letzte Generation». Doch trifft es nicht viel eher zu, dass wir die letzte Generation sind, welche die Deformation der Schweiz in einen überfremdeten und zubetonierten Stadtstaat noch verhindern kann? Wer jetzt, wo die Fakten zusehends beängstigender sichtbar werden, nicht

SVP oder EDU wählt, stärkt nur jene Kräfte, welche von all den Zuwanderungsorgien noch immer nicht genug haben.

Um das Ausmass der massiven Zuwanderung zu erfassen, lohnt sich ein Blick auf die Bevölkerungsentwicklung der einzelnen Kantone. Im Kanton Zug beispielsweise hat die Einwohnerzahl seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit 2007 um rund einen Fünftel zugenommen: Von 108'000 auf über 131'000 Einwohner Ende 2022. Dabei ist der wirtschaftlich höchst erfolgreiche Zentralschweizer Kanton mit seiner hohen Anziehungskraft auf die ganze Welt noch nicht mal der Spitzenreiter unter den am stärksten gewachsenen Kantonen. Von Anfang 2007 bis Ende 2021 ist nämlich die Bevölkerung des Kantons Freiburg prozentual am deutlichsten gewachsen – um fast 28 Prozent. Es folgen die Kantone Waadt (+ 24,3 Prozent), Aargau (+ 22,3 Prozent) und Zürich (+ 21,9 Prozent). Der am markantesten gewachsene Metropolitanraum ist der «Arc Lémanique» (Genfersee-Region), deren Bevölkerung von 1,39 Millionen auf fast 1,69 Millionen Einwohner gestiegen ist (+ 21,3 Prozent). Als Quelle dieser Zahlen dient das Bundesamt für Statistik.

Es kommen zu viele und die Falschen!

Die ganze Bevölkerungsexplosion ist ausschliesslich auf die Zuwanderung zurückzuführen, die notabene zu einem wesentlichen Teil noch nicht mal der Wirtschaft zufließt. Von den 2022 in die Schweiz eingewanderten Personen waren beispielsweise nur zwölf Prozent aus «hochqualifizierten» Berufen – dafür machte der Familiennachzug laut Bundesamt für Statistik rund neunzehn Prozent der Gesamteinwanderung aus. Die SVP hat also Recht, wenn sie sagt: «Es kommen zu viele und erst noch die falschen Einwanderer!» Gelingt es jetzt – bei den Wahlen vom 22. Oktober 2023 – nicht, eine Trendwende einzuleiten, wird sich diese fatale Entwicklung fortsetzen. Schliesslich geht das Referenzszenario des Bundes bei einem anhaltenden Wachstum der Wohnbevölkerung davon aus, dass diese im Jahr 2050 voraussichtlich etwa 10,4 Millionen Personen umfassen wird.

In Deutschland, wo spätestens seit 2015 («Wir schaffen das») alle Zeichen auf zuwanderungsbedingten «Bevölkerungsaustausch» stehen, haben heimatbewusste Kreise neue Strategien entwickelt – um «zu retten, was noch zu retten ist». Eine dieser Initiativen nennt sich «Zusammenrücken». Diese wirbt dafür, «zeitgeist-geprägte» Zonen Westdeutschlands, in denen ethnische Deutsche bereits zur Minderheit geworden sind und die wegen des «links-versiffen» Klimas als «gefallen» angesehen werden, zu verlassen. Patrioten, die ihre Kultur und Lebensweise auch für kommende Generationen erhalten möchten, werden motiviert, sich stattdessen in ländlich beschaffenen Regionen Mitteldeutschlands niederzulassen und hier neue Gemeinschaften zu bilden. In den neuen Bundesländern mit ihrer ethnisch (noch) weitgehend homogenen Bevölkerungsstruktur und der eher dünnen Besiedelung bestehe für Deutsche das weitaus bessere Potenzial, sich frei zu entfalten. Auch lasse sich hier noch bezahlbares Wohneigentum finden.

Zusammenrücken – aber wie denn?

In der Schweiz wäre ein solches «Zusammenrücken» wohl weitaus schwerer zu realisieren. Nicht nur wegen der zu uns gehörenden Mehrsprachigkeit. Zwar gibt es in ländlichen Regionen auch bei uns noch wunderschöne Rückzugsgebiete und eidgenössische Bastionen. Erschwingliches Wohneigentum für Normalverdiener lässt sich

dagegen praktisch nirgends mehr finden – zu einschneidend sind die Folgen des jahrzehntelangen flächendeckenden Zuwanderungsdrucks. Im Unterschied zu Deutschland, wo die Masseneinwanderung primär den demografischen Niedergang der «Biodeutschen» ausgleicht (was man als Bevölkerungsaustausch bezeichnen kann), hat der Zuwanderungsdruck in der Schweiz zu einer regelrechten Explosion der Gesamtbevölkerungszahlen geführt. So liegt denn auch im schweizerischen Mittelland, in dem mehr als zwei Drittel der Wohnbevölkerung leben, die Einwohnerdichte schon bei über vierhundert Personen pro Quadratkilometer. Im als dicht besiedelt geltenden Deutschland hingegen leben rund 230 Menschen auf einem Quadratkilometer – all die Grossstädte miteingeschlossen.

Wende-Wahl

Ich komme zu einem harten, aber aus meiner Sicht wahren Urteil: Die Masseneinwanderung hat unsere Gemeinden und Kantone zu betonlastigen Wohnzentren pervertiert, in denen alle neben- statt miteinander ihrer Wege gehen. Mit der Personenfreizügigkeit breiteten sich die negativsten aller globalisierungsextremistischen Folgeerscheinungen aus. Die Schweiz befindet sich auf direktem Weg zur anonymen Massengesellschaft, in der die Beliebigkeit, der Materialismus und die Unverbindlichkeit dominieren.

Machen wir den 22. Oktober zur Werte- und «Wende-Wahl». Klären Sie auf und machen Sie allen klar, diesmal erst recht nur rechte Parteien zu wählen. Wir sind die «letzte Generation». Die letzte Generation für Zuwanderungsstopp und Identitätserhalt.

Anian Liebrand